



Gemeinde Windisch
Protokoll des Einwohnerrates
Sitzung vom 20. Juni 2018

Seite:
38

Vorsitz Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP)

Protokoll Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II

Präsenz 39 Mitglieder

Entschuldigungen

Versand 17. September 2018

Genehmigung Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 08. Oktober 2018 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP), heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die anwesenden Verwaltungsangestellten, die Gäste und die Pressevertreter willkommen.

T r a k t a n d e n l i s t e:

- | | | |
|----|----------|---|
| 1 | | Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten |
| 2 | 2018.13* | Kreditabrechnung Quartiersammelstelle Chapf; Genehmigung |
| 3 | 2018.20* | Kreditabrechnung Sanierung Jurastrasse Süd; Genehmigung |
| 4 | 2018.15* | Rechnung und Rechenschaftsbericht 2017; Genehmigung |
| 5 | 2018.14 | Projektierungskredit für Vorstudie Gebäudeanalyse und Nachweis
Machbarkeit zur Erneuerung des Gemeindehauses und der Annexbauten |
| 6 | 2018.18 | Verpflichtungskredit Erneuerung Dorfstrasse Teile 3 und 4 |
| 7 | 2018.19 | Revision Abwasserreglement und Abfallreglement; Genehmigung |
| 8 | 2018.16 | Überarbeitung Feuerwehrvertrag, Einsatzkostentarife; Genehmigung |
| 9 | 2018.12 | Motion FDP-Fraktion betreffend „EWW Windisch; Konsequenzen der
Referendumsabstimmung“; Überweisung |
| 10 | 2018.17 | Motion Mirjam Aebischer (SP) und Mitunterzeichner betreffend „Zukunft gestaltetes EW Windisch“; Überweisung |
| 11 | | Beantwortung von gestellten Fragen |
| 12 | | Mitteilungen des Gemeinderates |
| 13 | | Neueingänge |

1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP):

Verabschiedung André Gigandet

Heute sitzt Marco Wächter das erste Mal am Gemeinderatstisch. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. Als Jugendliche haben wir beide auf der Position des Libero beim FC Windisch Fussball gespielt. Ihr habt zwei starke Innenverteidiger vor Euch. Es überrascht nicht, dass die Übergabe der Abteilung Finanzen an Michael Schleuniger problemlos verlaufen ist. Marco Wächter hat das Amt des Verwaltungsleiters bereits am 1. Mai 2018 übernommen und somit gilt es von André Gigandet Abschied zu nehmen.



Gemeinde Windisch

Protokoll des Einwohnerrates

Sitzung vom 20. Juni 2018

Seite:
40

Nach kurzer Einarbeitungszeit durch seinen Vorgänger Stefan Friedli hat er am 1. November 2010 die Arbeit als Verwaltungsleiter aufgenommen. Aus aktuellem Anlass nochmals aus Sicht des Fussballs: Ist der Spielleiter nach dem Abpfiff kein Thema, hat er das Spiel sehr gut geleitet. Dies trifft auf André Gigandet zu. Er ist kein Mann der grossen Töne, er hat seine Aufgaben gewissenhaft im Hintergrund erledigt. Viele Schrauben hat er gedreht und justiert in unserer Gemeinde. Von Amtes wegen war er für das Personalwesen und die Vor- und Nachbereitung der Gemeinderatsgeschäfte zuständig. Darüber hinaus hat er sich schwergewichtig mit betriebswirtschaftlichen Problemstellungen beschäftigt. Unter seiner Federführung ist die Arbeitssicherheit und der Gesundheitsschutz vollzogen worden. Vor rund zwei Jahren wurde mit dem Prozessmanagement und dem IKS unter der Verantwortung von André Gigandet gestartet. Die Einführung der elektronischen Geschäftsführung ist ein weiteres Projekt von André Gigandet. In Bearbeitung ist ein elektronisches Raumreservationssystem, damit sämtliche Räumlichkeiten online reserviert werden können. André Gigandet wird die penden-ten Projekte fertig bearbeiten und am 30. September vorzeitig in den Ruhestand treten. Ich weiss, dass André Gigandet zu Hause eine Werkstatt hat. Etwas schwierig ist die Übergabe eines Geschenkes an einen Mann, der alles Material bereits besitzt. Ich übergebe ihm deshalb vierzig Schrauben, sinnbildlich für vierzig Einwohnerräte. Sie sind rostfrei, 60 mm lang, und sollten längere Zeit halten, vielleicht länger als unsere Ideen. Ich hoffe, es hat keine Schreckschraube darunter und auch keine, die durchdreht. Wir danken André Gigandet herzlich für den Einsatz für die Gemeinde Windisch.

André Gigandet, Verwaltungsleiter: Besten Dank für das originelle Geschenk. Ich werde diese vierzig Schrauben mit allen Namen in guter Erinnerung behalten. Windisch war bereits früher drei Jahre mein Lebensmittelpunkt. Bei meinem HTL-Abschluss 1980 war die Vision Mitte noch in weiter Ferne. Ich habe nicht im Traum gedacht, dass ich einmal in Windisch arbeite. Aber wie das Leben ist, es kommt manchmal anders als man denkt, und es ist gut gekommen. Ich habe eine gut aufgestellte Verwaltung mit kompetenten Mitarbeitenden und Kader vorgefunden. Durch die Tätigkeit als Fiko-Präsident und Gemeinderat in meiner Wohngemeinde hatte ich etwas Erfahrung im Politbetrieb. Ich war froh über die grosse Hilfe, damit ich als Quereinsteiger Fuss fassen konnte. In den letzten acht Jahren hat sich Windisch nachhaltig entwickelt. Die Vision Mitte ist weitgehend umgesetzt. Dies ist nicht mein Verdienst, sondern in erster Linie derjenige des Gemeinderates. Visionär hat der Gemeinderat aktiv und weitsichtig nach der Sanierung der Gemeindefinanzen 2006 die Entwicklung der Gemeinde angepackt und dem Einwohnerrat Geschäft um Geschäft vorgelegt. Das Kader und die Mitarbeitenden

haben den Gemeinderat tatkräftig unterstützt. Viele Projekte sind heute umgesetzt. Windisch ist im Vergleich zu 1980 nicht mehr zu erkennen. Es ist zur Perle am Wasserschloss geworden. Die Zeit ist schnell vergangen. Ich habe die Arbeit als lehrreich, spannend, äusserst vielfältig und bereichernd empfunden. Speziell habe ich Projektarbeiten geschätzt, eine Gelegenheit sich immer wieder in neue Gebiete einzuarbeiten. Damit die Gemeinde funktioniert, ist eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Verwaltungsleiter und dem Gemeindeammann und dem Gemeinderat wichtig. Auch wenn im Rat oft kontrovers diskutiert wird, dies gehört in unserem Mehrparteiensystem dazu, wird konsens- und lösungsorientiert zusammengearbeitet. Dafür danke ich Heidi Ammon und dem Gemeinderat herzlich. Nie sind ungute Gefühle zurückgeblieben. Ein grosser Dank geht an die Abteilungsleitenden, die zusammen mit mir die Geschicke der Verwaltung geleitet haben und allen Mitarbeitenden, die pflichtbewusst und speditiv ihre Arbeit zum Wohl der Einwohner und Einwohnerinnen und den ansässigen Unternehmen erledigen. Viel konnte ich während meinen 33 Einwohnerratssitzungen nicht beitragen. Meine Aufgabe hat sich auf das aufmerksame Verfolgen der Debatten und die gelegentliche Beratung des Gemeinderates beschränkt. Spannend war immer der Blick in die Gesichter während den Voten, welche Zustimmung, Ablehnung oder sogar Fragezeichen widerspiegeln. Bei zu langen Voten wird die Zeit mit Zeichnen auf dem Block vertrieben. Mit wenigen Ausnahmen waren die Beratungen im Einwohnerrat immer sehr sachlich. Ich danke allen Ratsmitgliedern herzlich für die Zusammenarbeit. Für die Zukunft wünsche ich Mut, mit der Schulraumplanung und dem Bau zügig weiterzumachen. Ich werde die abschliessende Ära meines Berufslebens in guter Erinnerung behalten. Es ist Zeit Abschied zu nehmen im Wissen, dass mit Marco Wächter die Nachfolge für die Gemeinde Windisch, aber auch für mich, perfekt gelöst ist. Ein neues Buch – aber nicht das letzte, wird aufgeschlagen. Hauptprotagonisten sind meine Frau, die bereits seit anfangs Jahr die Pension geniesst, und ich. Das Inhaltsverzeichnis hat folgende Haupttitel: Mehr für die Fitness tun, vermehrt Freundschaften und Hobbies pflegen. Dieses Mal nicht mit Schrauben, unter anderem warten im Keller noch einige Helikopter-Modelle auf den Jungferflug, Reisen in ferne Länder. Ich freue mich, zusammen mit meiner Frau die grenzenlose Freiheit auszuloten und das zu machen, wonach uns der Sinn steht. So wollen wir Seite für Seite des Buches füllen. Die Liste, was wir noch alles machen wollen, ist lang und wir hoffen auf gute Gesundheit. Ich wünsche Allen alles Gute für die Zukunft. Es würde mich freuen, wenn man sich bald beim Einweihungsfest des neuen Dohlenzelg-Schulhauses trifft oder wenn wir den neuen



Werkhof von Bauamt, EW und dem Wasserwerk zusammen bestaunen. In der Zwischenzeit machen Sie weiter so und bleiben Sie gesund. Danke, es war eine sehr schöne Zeit.

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP):

Kleine Anfrage Mirjam Aebischer (SP)

Das Büro hat die kleine Anfrage von Mirjam Aebischer (SP) zur Parzelle 196 im Dägerli, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, der FiGPK zur Prüfung und Beantwortung übergeben. Die Bearbeitung ist im Moment im Gange.

Postulate und Motionen

Das Büro hat beschlossen, dass Postulate und Motionen, welche vor der vorbereitenden Bürositzung eingereicht werden, an der nächsten Sitzung traktandiert werden.

Botschaften

Wir haben Hinweise, dass eine frühere Zustellung der Botschaften gewünscht wird. Die Situation und die Abläufe sind komplex. Wir haben beschlossen, dass die Botschaften am nächsten oder übernächsten Tag nach Verabschiedung der Traktandenliste auf der Homepage freigeschaltet werden.

Jubiläum Chinderhuus Simsala

Es wird gefeiert und wurde gefeiert. Ich durfte am Jubiläum 15 Jahre Chinderhuus Simsala dabei sein. Es war ein schöner Anlass. Diese Institution besteht, weil der Einwohnerrat vor 15 Jahren einen entsprechenden Entscheid gefällt hat. Die sehr gute Zusammenarbeit wird von beiden Seiten gelobt. Die Gemeinde profitiert von den vielen Leistungen, welche das Chinderhuus zuverlässig und seriös erbringt. Mittlerweile arbeitet das Chinderhuus mindestens teilweise auch für Brugg.

29. Juni: Zapfenstreich / 30. Juni: Jugendfest

Am 29. Juni findet am Freitagabend der Zapfenstreich, am 30. Juni das Jugendfest mit der Morgenfeier statt. Nicht zu vergessen der Festbetrieb. Ich habe die letzte Schicht am Buffet übernommen, es werden immer noch Helfer gesucht. Die Mitarbeit ist eine tolle Sache und man trifft immer verschiedene Leute.

Rücktritt Rahel Downey (SP)

Rahel Downey hat aus beruflichen und familiären Gründen ihren Rücktritt erklärt. Es ist ihr nicht mehr möglich das Engagement so zu leisten, wie sie sich das vorstellt. Der Sitz von Rahel Downey ist noch vakant.

Todesfall Karl H. Buob

Am 7. Mai 2018 ist Karl Buob 91-jährig bei einem tragischen Verkehrsunfall beim Harmonie-Kreisel gestorben. Ich zitiere aus dem Nachruf von Hanspeter Widmer in der AZ: „Er gehörte dem Windischer Einwohnerrat seit dessen Gründung 1973 bis 1993 an und präsierte ihn 1978/79. Als sein bestes Werk bezeichnete er selber das während 25 Jahren ausgeübte Präsidium des Stiftungsrats für das Windischer Altersheim. Er verantwortete den Bau, sorgte für eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung und bot mit einer differenzierten Tarifordnung auch minderbemittelten Pensionären eine Aufnahmemöglichkeit. Von 1973 bis 1989 vertrat er den Bezirk Brugg im Grossen Rat. Als Präsident der Kommission für Umwelt und Gewässer verhalf er dem Hallwilersee-Schutzdekret und dem Wasserschloss-Schutzdekret – wegweisenden Erlassen zur Erhaltung von zwei der schönsten Naturlandschaften im Aargau – zum Durchbruch.“

Gedenkminute Karl Buob

Einwohnerratsprotokolle

Die vom Büro genehmigten Änderungen zu den Protokollen vom 1. November 2017, 24. Januar 2018 und 21 März 2018 wurden per Mail übermittelt. Die Protokolle gelten mit diesen Änderungen als genehmigt.

2 2018.13

Kreditabrechnung Quartiersammelstelle Chapf; Genehmigung

(Botschaft vom 23. April 2018)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Anton Burger (CVP): Wir stimmen dieser Kreditabrechnung zu und danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die speditive Umsetzung unseres Beschlusses. Wir danken der FiGPK für den Bericht. Ein Fraktionsmitglied wurde nach dem Standort der Ölsammelstelle gefragt, da im Chapf kein Öl mehr entsorgt werden kann. Meines Wissens ist dies nur noch beim Dorfschulhaus möglich. Ich empfehle bei der Sammelstelle Chapf einen entsprechenden Hinweis anzubringen, damit die Leute wissen, wo sie Öl entsorgen können. Werden weitere Unterflursammelstellen realisiert?

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Die Empfehlung bezüglich Ölsammelstelle nehmen wir entgegen, damit die Leute informiert sind. Die Sanierung der Sammelstelle Dorfschulhaus ist im Jahre 2020 geplant. Die Mittel sind im Finanzplan enthalten.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung „Quartiersammelstelle Chapf“ wird genehmigt.

3 2018.20*

Kreditabrechnung Sanierung Jurastrasse Süd; Genehmigung

(Botschaft vom 04. Juni 2018)

Fredy Bolt, Sprecher FiGPK (SP): Die erste Version der Abrechnung basierte auf der Variante des Gemeinderates. Der Einwohnerrat hat jedoch die um Fr. 20'000.00 günstigere Lösung beschlossen. Die Kreditabrechnung wurde entsprechend angepasst und die FiGPK beantragt diese zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Algimantas Gegeckas (CVP): Wir stimmen auch dieser Kreditabrechnung zu. Die durch die FiGPK veranlasste Korrektur haben wir zur Kenntnis genommen. Die Strasse sieht gut aus und die Bäume sind schön. Der Gärtner mit dem Anhänger sperrt beim Pflegen der Bäume jeweils die ganze Strasse. Leider während der Arbeitszeit und nicht dann, wenn die Leute nach Hause fahren.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung „Sanierung Jurastrasse Süd“ wird genehmigt.

4 2018.15*

Rechnung und Rechenschaftsbericht 2017: Genehmigung

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Der Jahresabschluss 2017 belegt die positive Entwicklung und wird mit dem Rechenschaftsbericht und dem Bericht zur Rechnung dokumentiert. Die Jahresrechnung weist einen Gewinn von CHF 2,76 Mio. aus, budgetiert war ein Aufwandüberschuss von CHF 878'000. Das Resultat ist erfreulich, eine genauere Budgetierung wurde in der Folge diskutiert. Die grossen Abweichungen zeigen, dass dies nicht ganz einfach ist. Da ist die Abweichung bei den Einkommens- und Vermögenssteuern. 2017 ist die Zahl der Einwohner weiter gestiegen. Wir haben gute Steuerzahler erhalten und das Steuervolumen ist entsprechend angestiegen. Es ist schwierig die Zuzüge zu steuern. Eine grössere Abweichung resultiert bei den Rück-erstattungen von Sozialhilfe und die letzte Tranche der APK-Ausfinanzierung der HPS ist eingegangen. Der Bilanzüberschuss beträgt am 31. Dezember 2017 CHF 34,8 Mio., die Selbstfinanzierung 4.6 Mio. Ich habe immer wieder informiert, dass unsere Selbstfinanzierung zwischen 4 bis 4.5 Mio. CHF liegen sollte. Dieses Ziel haben wir 2017 erreicht. Die Nettoinvestitionen waren mit 2,9 Mio. relativ tief. Eine Gemeinde unserer Grössenordnung müsste eigentlich 4 bis 4.5 Mio. investieren. Wir investieren sehr zurückhaltend und müssen darauf achten, dass kein Investitionsrückstand entsteht. Die Selbstfinanzierung ist 3.6 Mio. besser als budgetiert. Der Finanzierungsüberschuss hat

zu einer Reduktion der Schulden um 1.8 Mio. geführt. Die Nettoschuld beträgt 11.9 Mio. oder CHF 1'550 pro Einwohner. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies rund CHF 300 weniger pro Einwohner.

Ich bin stolz, dass bei den direkt beeinflussbaren Ausgaben nach wie vor eine sehr gute Budgetdisziplin herrscht. Ein grosser Dank gehört dem operativen Leitungsteam, der Hauptverursacher bei den Abweichungen. Das Team ist getrimmt, das Budget einzuhalten. Übertretungen müssen sehr gut begründet werden. Herzlichen Dank für diese Disziplin, welche nicht selbstverständlich ist. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat den Rechenschaftsbericht 2017 zur Kenntnis zu nehmen und die Rechnung 2017 zu genehmigen.

Daniel Brassel, Präsident FiGPK (EVP): Die Jahresrechnung 2017 ist durch die Revisionsgesellschaft thv und die FiGPK eingehend geprüft worden. Die Revisionsgesellschaft hat die Bilanz und Erfolgsrechnung aus finanztechnischer Sicht geprüft. Die saubere und kompetente Rechnungsführung wird im Revisionsbericht ausdrücklich gelobt. Die Prüfung der FiGPK erfolgte speziell unter dem Aspekt der Finanzpolitik und der Geschäftsprüfung. Jedes Kommissionsmitglied hat ein oder zwei Bereiche geprüft, inkl. Spezialfinanzierungen. Kreditkontrollen, Anlagespiegel, Abschreibungen, Rückstellungen wurden mit der Rechnung querverglichen. Die laufenden Kredite werden durch die Abteilung Finanzen systematisch und aufmerksam kontrolliert. Grössere negative Kreditabweichungen waren keine erkennbar. Wie in den Vorjahren ist die Budgetdisziplin der Verwaltung sehr hoch. Die Abweichung beim Aufwand, inkl. Spezialfinanzierungen, gegenüber dem Budget beträgt – 0.9%, beim Ertrag sind es rund 10%. Dies ist vor allem auf den Fiskalertrag zurückzuführen, welcher rund 10% höher ist als budgetiert. Diese Abweichung darf nicht als nachhaltig eingestuft werden. Das Wachstum wird in Zukunft nicht mehr so hoch sein.

Besorgt sind wir nach wie vor über die hohen Ferien- und Überzeitguthaben der Mitarbeitenden. Im Durchschnitt fallen pro Vollzeitstelle 92 Stunden an, die Vorgabe im Personalreglement liegt bei 84 Stunden. Massnahmen zum Abbau um 20% im laufenden Jahr wurden eingeleitet.

Letztes Jahr hat die Revisionsgesellschaft schwerpunktmässig das interne Kontrollsystem kontrolliert. Der Stand der Dokumentationen, die Angemessenheit und die Ausgestaltung wurden geprüft. Grundsätzlich stellt die Revisionsgesellschaft dem Stand der Umsetzung des IKS ein gutes Zeugnis aus. Akuten Handlungsbedarf sieht sie bei der Risikoregelung der IT-Prozesse. Dieses Problem hat die FiGPK bereits vor einem Jahr



erkannt. Bis Ende Jahr erarbeitet die Verwaltung entsprechende Prozesse und ein IT-Sicherheitskonzept.

Die Schuldenreduktion von CHF 1.8 Mio. hat Heidi Ammon erwähnt. Die Nettoschulden betragen aktuell rund CHF 11,9 Mio. Bei einer konsolidierten Betrachtung der Einwohnergemeinde inkl. Spezialfinanzierungen haben wir ein Nettovermögen von rund CHF 10 Mio. Die Wasser- und Abwassergebühren des Towers von fast CHF 5 Mio. tragen wesentlich dazu bei. Es wird nicht in diesem Stile weitergehen, grosse Aufgaben stehen an. Im Moment können wir die gute Situation vielleicht etwas geniessen. Ich danke den Mitgliedern der FiGPK für den grossen geleisteten Einsatz. Die FiGPK bedankt sich bei der Verwaltung und dem Gemeinderat für die gute Zusammenarbeit. Ein spezieller Dank geht an Heidi Ammon, Marco Wächter und Michael Schleuniger, welche den Prüfungsorganen jederzeit und umfassend Antwort gegeben haben. Die FiGPK empfiehlt dem Einwohnerrat, gestützt auf den Revisionsbericht der Revisionsgesellschaft thv und der eigenen Prüfung, die Rechnung 2017 zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Philipp Umbricht (FDP): Alle Jahre erhalten wir die Rechnung mit sehr viel Papier. Ich würde es schätzen, wenn das Papier in diesem Rat ganz abgeschafft wird. Der Abschluss 2017 ist so schwarz, dass sich eine Diskussion über die Farbe erübrigt. Verschiedene haben dazu beigetragen. Speziell aber die Verwaltung, insbesondere die Abteilung Finanzen, welche unter der Führung von Marco Wächter, für die Rechnung verantwortlich ist. Die Ausgaben wurden realistisch budgetiert. Noch viel wichtiger: Die teilweise sehr engen Vorgaben wurden eingehalten. Der FiGPK-Bericht, der Bericht der thv und die Ausführungen von Daniel Brassel bestätigen dies. Erfreulicherweise halten sich die Nachtragskredite mit CHF 428'000 in Grenzen. Die FDP dankt allen Beteiligten für die gute Teamleistung. Wir verzichten auf Hinweise zu begründeten Detailpositionen. Einen Punkt sprechen wir an: 2017 wurden wiederum erhebliche Ausgaben für Dienstleistungen Dritter getätigt. Nicht nur, aber auch um Engpässe zu bewältigen und nicht vorhandene Sachkompetenzen einzukaufen. Der Einkauf von Dienstleistungen hat Vorteile, es können Spitzen und nur selten benötigte Fachkompetenzen abgedeckt werden. Es hat auch einen Nachteil. Der Einkauf von Dienstleistungen ist nicht nachhaltig, ist teurer und die Kompetenz bleibt nicht in der Gemeinde. Sicherer wäre, diese Kosten

zu senken und die Verwaltung zu stärken. Idealerweise durch einen Allrounder, der bei Engpässen überall eingesetzt werden kann.

Auf den ersten Blick ist das Ergebnis erfreulich. Statt ein Defizit von CHF 900'000 resultiert ein Gewinn von CHF 2,8 Mio. Investiert wurden rund 3 Mio., geplant waren 1.5 Mio. Statt einer leichten Schuldenzunahme haben wir einen Schuldenabbau auf knapp 12 Mio. Es könnte Friede, Freude, Eierkuchen herrschen. Ein zweiter tieferer Blick führt zu einer anderen Erkenntnis. Vor allem höhere Einnahmen haben zum Ergebnis geführt. Dies ist erfreulich, kann sich 2018 jedoch wieder ändern. Die Investitionsquote ist sehr tief, meines Erachtens zu tief. Wir beschliessen und realisieren keine Investitionen. Wir müssen einen Schritt vorwärts machen, sonst entstehen, auch im Hinblick auf die anstehenden Grossprojekte, Probleme, und dies nicht nur finanziell.

Die Schulden sind auf knapp 12 Mio. gesunken, das Budget sah 16 Mio. vor. Auch dies ist grundsätzlich erfreulich. Es sieht nicht mehr nach viel aus, aber es sind 12 Mio. Würden die Schulden auf Köpfe hinuntergerechnet und zurückbezahlt, müssen wir die Steuereinnahmen von 9 ½ Monaten einsetzen. Somit ständen frühestens ab Mitte Oktober Mittel für andere Aufgaben zur Verfügung. Mindestens zwei Grossprojekte stehen an, die Kosten von 25 Mio. und mehr verursachen. Die Selbstfinanzierung ist sehr volatil, durchschnittlich liegt sie gut geschätzt bei 3 bis 4 Mio. Die Schulden werden vermutlich massiv ansteigen. Es ist durchaus angebracht, unsere Startposition mit einer Reduktion der Schulden zu verbessern. Trotz gutem Abschluss 2017 werden die Herausforderungen nicht kleiner. Es gilt die Zeit bis zur Realisierung der Grossprojekte sinnvoll zu nutzen und Widersprüche unter einen Hut zu bringen. Wir müssen einen Investitionsstau verhindern, müssen aber auch Schulden reduzieren. Die Attraktivität von Windisch muss erhalten, wenn nicht verbessert werden. Wir müssen dies, es ist kein Wollen, in Anbetracht des Bevölkerungswachstum und der anfallenden Mehrarbeit in der Verwaltung bewältigen. Gleichzeitig gilt es die laufenden Ausgaben unter Kontrolle zu haben. Es ist die Quadratur im Kreis, ob uns diese gelingen wird, weiss ich nicht. Der Einwohnerrat ist gefordert.

Die FDP stimmt der Rechnung 2017 zu und dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat nochmals für die geleistete Arbeit.

Anton Burger (CVP): Die CVP-Fraktion hat erfreut vom guten Ergebnis 2017 Kenntnis genommen. Es ist um rund 3,6 Mio. besser als budgetiert. Die Genauigkeit der Budgetierung haben wir hinterfragt. In den letzten Jahren hatten wir immer wieder positive Ereignisse, die zu unerwartet guten Abschlüssen geführt haben. Die externe Revisions-

stelle und die FiGPK bestätigen, dass die Budgetierung auf den bekannten Komponenten basiert hat und die Ausgabendisziplin nach wie vor sehr strikt ist. Die Buchhaltung ist fachkompetent und sauber geführt, dies bestätigen die Berichte. Auch von unserer Seite den besten Dank an Gemeinderat und Verwaltung für den korrekten Umgang mit den finanziellen Mitteln, die saubere Rechnungsführung und die umfassende Dokumentationen. Ich arbeite gerne mit Papier. Es ist übersichtlicher 200 Seiten Papier zu studieren, als auf dem Bildschirm.

Die geringen Investitionen wurden angesprochen. Der Finanzplan sieht höhere Investitionen vor. Erfreulich ist, dass die geringen Investitionen zu einem Schuldenabbau führen. Dadurch reduziert sich auch der Zinsaufwand. Die Investitionen sind nur aufgeschoben. Plötzlich müssen alle auf einmal realisiert werden und die Finanzierung erfordert die Aufnahme zusätzlicher Mittel.

Der Einwohnerrat hat im Januar 2017 je zwei Millionen für Massnahmen Generelle Wasser- und Entwässerungsplanung (GEP) mit der Auflage genehmigt, dass Sanierungsetappen einzeln abzurechnen sind. Gemäss Information FiGPK lag der Bericht bis zum vereinbarten Termin Ende März nicht vor. Wir unterstützen die FiGPK, dass im Bereich der IT ein Sicherheitskonzept erstellt wird. Die Revisionsstelle thv weist ebenfalls auf diese Schwachstelle hin. Bereits bei der Abnahme der Rechnung 2016 haben wir Auskünfte zur IT-Sicherheit verlangt. Die hohen Kosten für Dienstleistungen Dritter sind ebenfalls aufgefallen, ich verzichte auf Wiederholungen.

Die Abschlüsse der Spezialfinanzierungen mit den ausgewiesenen Resultaten sind ebenfalls positiv. Das EW arbeitet gut, dies zeigt der Gewinn. Eine andere Rechtsform würde noch bessere Abschlüsse erlauben, dies ist jedoch leider nicht möglich. Erfreulich ist, dass die Budgetkredite unter den beantragten Beträgen abgerechnet wurden. Weniger erfreut waren wir über die sehr hohen Nachtragskredite. Wir werden in der Detailberatung noch einige Fragen stellen und Bemerkungen anbringen. Wir stimmen der Genehmigung der Rechnung zu.

Paul Bitschnau (SP): Die Rechnung bereitet auch uns Freude. Alle Jahre tragen wenig kalkulierbare Faktoren zu den Überschüssen bei. 2017 komischerweise höhere Einkommens- und Vermögenssteuern und geringere Investitionen. Im Gegensatz zu meinen Vorrednern hoffe ich, dass die Situation nachhaltig ist. Wir hoffen weiterhin auf positive Rechnungsabschlüsse, damit wir genügend investieren, aber auch Schulden abbauen können. Die tiefen Investitionen bereiten auch uns Sorgen. Wir werden früher oder später einen Investitionsstau haben und massiv mehr Geld ausgeben müssen. Gemeinderat und Verwaltung attestieren wir einen sorgfältigen Umgang mit den Finanzen und

eine hohe Budgetdisziplin. Das Kontrollsystem und die internen Kostenkontrollen funktionieren offensichtlich sehr gut. Ein Dank auch an die FiGPK für die Arbeit.

Die Situation bei den Spezialfinanzierungen ist ebenfalls positiv. Die Auswirkungen der Rechtsform sehen wir allerdings anders.

Trotz all dieser positiven Aspekte machen wir uns Sorgen um das Personal. Die Angestellten bearbeiten sehr komplexe und sehr aufwändige Projekte. Dies braucht viel Zeit und Energie, aber auch grosse Fachkenntnisse. Die Auslagerung an Dritte ist gelegentlich sinnvoll, ob dies aber nachhaltig ist? Wäre es nicht sinnvoller den Personaletat gelegentlich zu erhöhen? Schon oft haben wir gehört, dass der Einwohnerrat die Verwaltung mit Fragen stark beschäftigt. Ziel muss sein, dass wir gemeinsam gut vorbereitete, qualitativ hochstehende Projekte durch bringen, bei denen Alle dahinterstehen können. Ich bitte die Personalverantwortlichen, den Angestellten Sorge zu tragen, dass sie motiviert sind. Sie sind mit den nötigen Ressourcen auszustatten, damit die vielen anstehenden Projekte auf einem qualitativ hochstehenden Niveau gemeistert werden können. Ich spreche deshalb den Angestellten unseren grössten Dank aus. Der Dank geht auch an den Gemeinderat und die FiGPK für die sorgfältige Arbeit. Die SP stimmt der Rechnung 2017 zu.

Naomi Rupp (SVP): Der Rechenschaftsbericht ist sehr ausführlich geschrieben und für mich als neue Einwohnerrätin gut verständlich. Ich habe einen Einblick in die Ereignisse des letzten Jahres erhalten. Die Ergebnisse haben wir erfreut zur Kenntnis genommen. Alles Weitere wurde bereits gesagt.

Daniel Brassel (EVP): Wir haben die Rechnung analysiert, studiert und stimmen zu. Wir danken für die Budgettreue und die gute Arbeit der Verwaltung. Wir danken herzlich für den Einsatz, speziell der Abteilung Finanzen. Der FiGPK danken wir für den Bericht.

Detailberatung Rechnung

Beitrag Spitex

Anton Burger (CVP): 2017 haben wir rund CHF 700'000 an die Spitexorganisation bezahlt. Die Spitex ist eine eigene Organisation, welche die nicht gedeckten Kosten in Rechnung stellt. Die Spitexorganisation wird laufend grösser. Wie in den letzten Wochen zu lesen war, kommen weitere Gemeinden dazu. Müssten deshalb die administrativen Aufwendungen für die angeschlossenen Gemeinden nicht kleiner werden? Ist der

Kostenverteilschlüssel noch aktuell und richtig? Werden neue Leistungen aufgrund der Nachfrage und Bedürfnisse angeboten oder weil es Mode ist? Aus unserer Sicht sind bei der Spitex gewisse Sachen zu hinterfragen. Wurden schon Vergleiche mit den Kosten anderer Spitexorganisationen in einem Benchmarking angestellt? Was würde der Einkauf von Spitexdienstleistungen bei einer privaten Organisation kosten?

Energiefonds

Anton Burger (CVP): 2017 wurden dem Energiefonds CHF 41'000 zugewiesen, ausgegeben wurden CHF 6'000. Weiss die Bevölkerung, dass es diesen Energiefonds gibt und müsste nicht mehr Werbung dafür gemacht werden? Muss allenfalls der Zweck des Fonds den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst werden? Beim Gemeindehaus sind Massnahmen zur Wärmedämmung vorgesehen. Können diese Kosten teilweise aus dem Fonds bezahlt werden?

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Die Abweichung ist in der Rechnung begründet. Die definitive Abrechnung erforderte eine Nachzahlung, weil die Leistungsstunden um 63% gestiegen sind und die Einwohnerzahl deutlich gestiegen ist. Ich habe die Rechnung der Spitex studiert. Die Gesamtkosten für den Pflegebereich betragen 1.53 Mio., budgetiert waren 1.52 Mio. Das Thema ambulant vor stationär beeinflusst die Rechnung stark. Die Pflegestunden haben massiv zugenommen, in den Jahren 2016/2017 29%. Die Kosten pro Einwohner sind um 6% gestiegen. Somit stimmt das Verhältnis grundsätzlich. Der Kostenverteiler, 80% Einwohnerzahl / 20% Pflegekosten, ist gut für uns. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl haben wir hohe Pflegestunden, wir liegen deutlich über dem Schnitt. Würden die Kosten nur aufgrund der Pflegestunden verteilt, hätten wir deutlich höhere Kosten. Ob eine private Spitex günstiger wäre, wurde nicht geprüft, auch ein Benchmarking existiert nicht. Es ist sicher sinnvoll gelegentlich ein solches zu erarbeiten. Die Kosten entsprechen der sehr guten Leistung der Spitex. Die Leistungen für junge Leute haben stark zugenommen. Eine Folge, weil die Spitäler die Leute sehr rasch entlassen und die Spitex verpflichtet ist, die Pflege zu übernehmen. Sehr hoch ist auch die Zunahme bei den über 80-jährigen. Palliativ care hat bekanntlich hohe Kosten zur Folge.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): 40 Werbeträger für den Energiefonds sitzen im Saal. Ich bitte den Einwohnerrat diesen Energiefonds in Windisch bekannt zu machen. Es werden nur wenige Unterstützungsgesuche eingereicht. Wir werden im Herbst mit

dem Kanton einen Stand an der Expo zum Thema Nachhaltigkeit betreiben. Eine gute Gelegenheit, für den Fonds Werbung zu machen.

Der Einwohnerrat hat das Reglement vor rund vier Jahren genehmigt. In der Diskussion wurde mehrmals erwähnt, dass mit diesem Reglement gestartet werden soll und Änderungen später möglich sind. Somit ein guter Hinweis, das Reglement auf Verbesserungen, Anpassungen zu überprüfen.

Es ist nicht Sinn und Zweck des Energiefonds, Beiträge an Investitionen auszurichten. Dies würde wahrscheinlich eine Anpassung des Reglementes erfordern.

Detailberatung Rechenschaftsbericht

Karin Hefti (FDP): Über den Campussaal haben wir letztes Jahr intensiv diskutiert. Windisch hat eine Defizitgarantie für 5, Brugg für 10 Jahre genehmigt. Windisch ist Minderheitsaktionär. Die Campussaalbetriebs AG bezahlt eine überteuerte Miete an die Immobilien AG. Solange der Mietpreis so hoch ist, wird immer ein Defizit resultieren. Wurden dieses Thema und die Suche nach einer anderen Lösung diskutiert?

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Im Vorfeld der letzten Abstimmung wurde über dieses Thema mehr als genug diskutiert und wir sehen keinen anderen Weg. Eine Veränderung wäre wohl nur mit einer Reduktion des Aktienkapitals möglich, was ich als sehr schwierig einstufe.

Anton Burger (CVP): Das Wasserwerk hatte letztes Jahr grosse Wasserverluste. Diese sind auf über 100'000 m³ angewachsen, was mehr als 8% der Wasserförderung entspricht. Gemäss Rechenschaftsbericht gab es letztes Jahr einige Wasserleitungsbrüche. Wasser ist ein wichtiges Gut. Ich bitte die verantwortlichen Personen den Gründen nachzugehen und Abhilfe zu schaffen. Die Leitungen können doch überprüft werden, ob sie intakt sind.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Im Jahre 2015 betrug der Verlust rund 100'000 m³, 2017 sind diese um ca. 3'000 m³ gesunken. Dies beurteile ich als positive Entwicklung. Die Verluste sind auf die Brüche zurückzuführen. Tendenziell kennen wir das Netz eher besser und wir erwarten tiefere Verluste. Die Ausnahme bildet der Schaden an einer Hauptleitung.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat nimmt vom Rechenschaftsbericht 2018 der Einwohnergemeinde in zustimmendem Sinne Kenntnis.

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Jahresrechnung 2017 der Einwohnergemeinde Windisch wird genehmigt.

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP): Besten Dank an die Verwaltung, speziell an die Abteilung Finanzen mit Marco Wächter und Michael Schleuniger, für die saubere, transparente und umfassende Berichterstattung, der FiGPK für die grosse geleistete Arbeit und den aussagekräftigen Bericht.

5 2018.14

Projektierungskredit für Vorstudie Gebäudeanalyse und Nachweis Machbarkeit zur Erneuerung des Gemeindehauses und der Annexbauten

(Botschaft vom 14. Mai 2018)

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Ich erläutere einige Kernziele der Botschaft. Der Zustand des Gemeindehauses und der Annexbauten soll abgeklärt werden, speziell die Gebäudehülle und die Haustechnik. Welche Massnahmen sind zur Erneuerung des Gemeindehauses notwendig? Prioritär geht es um energetische Massnahmen: Fassaden, Fenster, Erdbebensicherheit, Brandschutz, Abschlusssicherungen. Welche Massnahmen sind zur nachhaltigen Nutzung der Annexbauten erforderlich? Das durch den Auszug der bisherigen Nutzer entstehende Potential soll geklärt werden. Welche Massnahmen erfordern allfällige Zwischen- und Umnutzungen?

Das Gemeindehaus soll für die Verwaltung nachhaltig erhalten werden. Seit 1965 verfügt Windisch über ein markantes, gut erreichbares Verwaltungsgebäude. Mit nachhal-

tigen Massnahmen soll dieses für kommende Generationen fit gemacht und der Umgebung Sorge getragen werden. Es braucht Begegnungs- und Ruhezone, die Parkierungs- und Zugangssituation muss verbessert werden.

Weshalb diese Gebäudeanalyse und warum jetzt? Im Rahmen der Schulraumplanung ist eine umfassende Zustandsanalyse aller Schulanlagen inkl. Kindergärten erstellt worden. Auch für das Bossarthaus inkl. Schüür und das Freibad Heumatten liegen Zustandsanalysen vor. Standortstudien für das Elektrizitäts- und Wasserwerk zeigen das Potential für eine Zusammenlegung mit dem Bauamt auf. Als letzter Mosaikstein fehlt eine umfassende, koordinierte Werterhaltungsstrategie der Verwaltungsliegenschaften. Anschliessend können Massnahmen für einzelne Liegenschaften individualisiert und umgesetzt werden. Besten Dank für die Unterstützung.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Philipp Ammon (SVP): Innert kurzer Zeit beraten wir das x-te Strukturprojekt. Aber wir haben jetzt eine gewisse Routine. Wir begrüssen das Vorgehen des Gemeinderates. Die Analyse geht zu wenig weit. Bei der Schulraumplanung waren viele Fragen offen, weil die Analyse standardmässig nach SIA-Normen ausgearbeitet wurde. Wir stellen zwei Zusatzanträge. Der erste lautet: „Der Antrag des Gemeinderates wird ergänzt durch: Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat die Quadratmeterkosten des Gemeindehauses inkl. Annexbauten auszuweisen.“ Wir wollen die Höhe der Unterhaltskosten kennen. Extrem wäre, wenn wir im Vergleich mit einem anderen Gebäude den zehnfachen Quadratmeterpreis bezahlen würden. Das Beispiel ist etwas übertrieben, aber ohne Quadratmeterpreis ist kein Vergleich zwischen den Gebäuden möglich. Wieviel investieren wir, was kostet der Unterhalt, lohnt sich eine Investition in die Zukunft? Ich hoffe der Einwohnerrat unterstützt diesen Antrag. Der zweite Antrag lautet: „Der Antrag des Gemeinderates wird ergänzt durch: Der Einwohnerrat genehmigt den Projektierungskredit brutto von CHF 10'000 inkl. MwSt. für die Erarbeitung einer Raumplanungsstrategie in Vorstudientiefe für das Areal um das Gemeindehaus.“ Mich erstaunt, dass ein neues Parkplatzkonzept geplant ist. Vor kurzer Zeit haben wir für eine Viertelmillion beim Denner Parkplätze gekauft. Ich habe gehofft, dass das Thema Parkplätze damit für länger erledigt ist. Die Raumplanungsstrategie auf Vorstudientiefe soll uns Möglichkeiten nach dem Abbruch der Annexbauten aufzeigen. Die erste Frage bei einer EW-Verlegung ins Dägerli war die zukünftige Nutzung der Räume. Der Gemeinderat

will Möglichkeiten prüfen, uns interessiert die Nutzung nach dem Abbruch. Über eine allfällige Umzonung sollen sich Fachleute Gedanken machen. Der Standort ist sehr zentral und kann gewinnbringend genutzt werden, ohne dass verkauft werden muss. Ich hoffe, dass der Einwohnerrat diesem Antrag zustimmt. Am Schluss müssen alle Fragen geklärt sein, damit wir eine fundierte Entscheidungsgrundlage haben. Wir befürchten, dass der Antrag des Gemeinderates nicht erlaubt, verschiedene Punkte vertieft zu prüfen.

Martin Schibli (EVP): Wir begrüßen im Grundsatz, dass zuerst eine Auslegeordnung gemacht wird und nicht sofort investiert wird. Das gewählte Vorgehen ist richtig, damit später auf der Basis eines Gesamtkonzeptes die Sanierung realisiert werden kann, die Nutzung der Räume optimal geplant ist und eine nachhaltige Lösung vorliegt. In diesem Sinne befürworten wir den Projektierungskredit. Für die Diskussion der SVP-Anträge müssten wir wohl etwas Zeit haben.

Martin Gautschi (FDP): Wir haben uns eingehend mit dieser Vorlage auseinandergesetzt. Unsere Schlüsse decken sich mehrheitlich mit den Vorrednern. Für dieses Gebäude besteht noch keine Zustandsanalyse. Es ist gut, diese zu machen, damit die richtigen Entscheide getroffen werden können. Die Parkplatzsituation ist nicht befriedigend, oft muss ein Parkplatz gesucht werden. Ich unterstütze, dass diese Frage städtebaulich geprüft wird. Wir befürworten den Projektierungskredit.

Elsbeth Hofmänner (CVP): Die CVP unterstützt das Vorgehen. Die Analyse ist eine gute Basis für die weiteren Diskussionen. Allenfalls ist eine Pause notwendig, um die Anträge der SVP in den Fraktionen zu diskutieren. In der Vorlage haben wir die Erdbebensicherheit vermisst, Max Gasser hat sie angesprochen. Das zweite Anliegen ist die Solarnutzung. Auf dem Dach sind viele Aufbauten vorhanden. Viel Platz steht nicht zur Verfügung, aber die Fassade ist sanierungsbedürftig und Fassaden mit Solarnutzung sind absolut modern.

Thomas Wernli (SP): Auch die SP-Fraktion begrüsst den Projektierungskredit. Persönlich hoffe ich, dass diese Analyse offen erarbeitet wird und nicht schon Vorstellungen über zu realisierende Parkplätze bestehen. Die Analyse soll mögliche Lösungswege aufzeigen.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Der erste Antrag ist ein guter Input, den man aufnehmen kann. Der zweite Antrag ist fragwürdig. Nach der BNO-Revision liegt das Gebiet in der Zentrumszone. Im Moment sind Zwischen- oder Umnutzungen möglich, später ist dies nicht mehr möglich. Laufend erhalten wir Anfragen für eine Miete der Gebäude. Dieser Standort liegt nicht in der Gewerbezone. Das ehemalige Abwartshaus wird für fünf Jahre dem Studentischen Wohnen vermietet. Ziel der Studie sind sinnvolle Nutzungen, welche ohne grosse Kosten realisiert werden können. Der zweite Antrag geht viel weiter und ich bezweifle, ob der beantragte Kredit ausreicht.

Philipp Ammon (SVP): Das Abwartshaus ist für fünf Jahre vermietet. Dies kann ein Handicap sein. Unser Antrag will kreative Ideen mit geringen Kosten. Ich hoffe, dass die BNO keine grossen Veränderungen für das Zentrum zur Folge hat. Die Ausgangslage ist vor Studienbeginn zu klären und darf nicht kontrovers zur BNO-Revision stehen. Unser Antrag beinhaltet zusätzlich CHF 10'000, damit diese Abklärungen gemacht werden können.

Elsbeth Hofmänner (CVP): Die Machbarkeitsstudie muss sich auf die neue BNO abstützen. Bei der Beratung im Herbst haben wir dies in den eigenen Händen. Es ist sinnvoll in die Zukunft zu schauen und nicht nur eine Nutzung von 5 Jahren anzustreben. Allenfalls habe ich etwas falsch verstanden. Ich war der Meinung, dass die Studie, die wir unterstützen, auf dieser Basis erarbeitet wird.

Pause 10 Minuten

Paul Bitschnau (SP): Wir stehen den Anträgen der SVP skeptisch gegenüber. Für Quadratmeterberechnungen ist es der falsche Zeitpunkt. Diese müssen erst nach der Sanierung erfolgen. Wir sehen keinen Nutzen, um diese Berechnung jetzt zu machen. Beim zweiten Antrag wollen wir zuerst die Analyse sehen und erst in einem zweiten Schritt über Drittnutzungen diskutieren. Der Betrag von CHF 10'000 erscheint uns willkürlich. Dies ist keine Abwertung, wir stehen den Anträgen einfach skeptisch gegenüber.

Martin Schibli (EVP): Die Studie muss gewisse Kennzahlen enthalten, welche einen Vergleich erlauben. Dafür braucht es keinen Antrag. Diese Mittel können wir sparen.

Für die Annexbauten sollen Entwicklungsvarianten bis zu einer Gesamterneuerung aufgezeigt werden. Dazu gehört auch ein möglicher Abbruch. Wir gehen davon aus, dass alle Grundsatzüberlegungen in diese Studie einfließen. Der Betrag von CHF 10'000 kann ebenfalls gespart werden.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Ich verstehe die Erwartungshaltung. Der Fokus liegt prioritär auf dem Gemeindehaus. Saniert wird nur das Gemeindehaus. Die finanziellen Möglichkeiten lassen keine grossen Investitionen in die Annexbauten zu.

Roland Schneider, Abteilungsleiter Planung + Bau: Nebst der Zustandsanalyse über den baulichen und technischen Zustand der Annexbauten sollen mögliche Nutzungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Das Gemeindehaus ist ein dominantes, abgeschlossenes Gebäude, daneben sind die Annexbauten und dazwischen hat es ein bisschen Platz. Wir wollen mögliche Nutzungen kennen und keine grossen Optionen erarbeiten. Weder ist ein Abbruch der Annexbauten, noch sind grosse Investitionen geplant. Für das weitere Vorgehen müssen wir das Potential kennen. Vielleicht wird das Gebäude irgendeinmal abgerissen, ich weiss es nicht. Die Bauten sind wahrscheinlich baulich und technisch in einem sehr schlechten Zustand. Deshalb wird der Wunsch nach einem Abbruch geäussert. Diese Fragen überlasse ich gerne den Spezialisten.

Elsbeth Hofmänner (CVP): Die Feuerwehr wird in absehbarer Zeit ausziehen, dieses Gebäude wird frei. Ein Wechsel der Gemeindebetriebe ins Dägerli steht zur Diskussion, somit wird auch dieses Gebäude frei. Im Herbst beraten wir die neue Bau- und Nutzungsordnung. Diese sieht für das Gebiet „Zentrumszone W4“, also viergeschossige Bauten, vor. Aufgrund der verschiedenen Aussagen frage ich mich, ob es sinnvoll ist, über dieses Areal nachzudenken und Geld zu investieren. Besser wäre, die Bauten abzureissen und etwas Zonengerechtes zu planen. In die bestehenden Gebäude zu investieren ist keine Lösung, der Zustand muss nicht einmal hinterfragt werden. Das Abwartshaus ist für fünf Jahre vermietet. Wir können uns auf das Gemeindehaus konzentrieren und auf die Studie der Annexbauten verzichten.

Philipp Ammon (SVP): Ich halte an meinen Anträgen fest und bitte den Einwohnerrat, diese gutzuheissen. Bei den letzten Vorlagen waren viele Fragen offen. Es wäre schade, eine weitere Studie mit offenen Fragen auszuarbeiten. Die neue BNO muss berücksichtigt werden, allenfalls braucht es nur einige Skizzen um das Potential aufzuzeigen. Was passiert bei einem Standortwechsel des EW mit den Gebäuden? Diese Frage

war immer wieder zu hören. Wir wollen die Quadratmeterpreise ausgewiesen haben, damit wir sehen, ob wir einen Benefit gemacht haben.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Der Vorschlag von Elsbeth Hofmänner ist nicht möglich. Wir haben die Botschaft „Betriebsstandort“ zurückgezogen, weil der Einwohnerrat wissen will, was mit den Annexbauten passiert bzw. was für ein Potential besteht.

Offene Abstimmungen

Zusatzantrag 1 Philipp Ammon (SVP)

Mit Stichentscheid des Einwohnerratspräsidenten fasst der Einwohnerrat mit 17 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Antrag des Gemeinderats wird ergänzt durch „Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat die Quadratmeterkosten des Gemeindehauses inkl. der Annexbauten auszuweisen“.

Zusatzantrag 2 Philipp Ammon (SVP)

Der Einwohnerrat lehnt Zusatzantrag 2 mit 6 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen ab.

Antrag des Gemeinderates

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Projektierungskredit brutto von CHF 80'000.- inkl. MwSt. für die Vorstudie Gebäudeanalyse und Nachweis der Machbarkeit zur Erneuerung des Gemeindehauses und der Annexbauten.

6 2018.18

Verpflichtungskredit Erneuerung Dorfstrasse Teile 3 und 4

(Botschaft vom 14. Mai 2018)

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Es gibt Projekte die dem Einwohnerrat innert kurzer Zeit mit einer fundierten Botschaft unterbreitet werden können. Bei dieser Vorlage dauerte der Prozess 5 Jahre, weil verschiedene Zusatzabklärungen gemacht wurden. Die Erhöhung der Verkehrssicherheit im Bereich der Kurve und im Kreuzungsbereich Kirchenfeld-, Lände- und Dorfstrasse wurde detailliert geprüft. Die vielen Ideen wurden mit einer Auslegeordnung geprüft. Dies hat aufgezeigt, dass auch eine andere Linienführung oder Strassengestaltung die Sicherheit nicht markant erhöht. Mit mehreren kleinen Anpassungen soll die Sicherheit erhöht werden. Das Projekt kommt in einem guten Zeitpunkt. Die grösste Bauphase im Unterdorf ist vorbei. Die Belastung durch LKW's nimmt ab und die Strasse wird eine lange Lebensdauer haben. Die technischen Details wurden am Infoabend erläutert, aus Zeit- und Temperaturgründen gehe ich nicht mehr darauf ein.

Eintreten ist unbestritten.

Markus Graf (FDP): Ich bin letzte Woche mit dem Velo ins Unterdorf gefahren. Ich bin nicht gestürzt, aber der Sanierungsbedarf ist klar ersichtlich und die beantragte Sanierung richtig. Die FDP begrüsst die Doppelführung in den Kurven, dem Kurvenplatz, was den Fussgängern mehr Sicherheit bringt. Wir unterstützen den Antrag.

Luzia Capanni (SP): Die SP ist ebenfalls der Meinung, dass der untere Teil der Dorfstrasse saniert werden muss, insbesondere da nun die Bauarbeiten abgeschlossen sind. Habe ich richtig verstanden, dass die Belloli-Studie und die Quartierentwicklungsgruppe weiterhin verbindlich miteinbezogen werden? Erstaunt bin ich, dass das Trottoir über den Kurvenplatz geplant ist. Von den Eigentümern liegt bis heute noch keine konkrete Zusage für die Benützung vor. Ich frage mich deshalb, ob die Prozessschritte sauber abgeschlossen sind.

Renate Schraner (CVP): Wir unterstützen den Verpflichtungskredit einstimmig, die Sicherheit ist uns sehr wichtig. Die geplanten baulichen Massnahmen sollen mit der Umsetzung für alle Benutzer zu einer nachhaltig sichereren Verkehrssituation führen.

Philipp Ammon (SVP): Die SVP-Fraktion begrüsst das Projekt. Von mir eine Anmerkung als Bewohner des Unterdorfs. Das Nadelöhr Dorfstrasse verunmöglicht gute realisierbare Lösungen. Schade gibt es keine Möglichkeit, die Sicherheit der vielen Fussgänger zu verbessern. Ich wurde belehrt, dass die vorgesehene Lösung ein Aargauer Trottoir sei. Gemeinderat und Planung + Bau haben sich mit dieser Problematik auseinandergesetzt. Die vorgeschlagene Lösung wird wohl die best mögliche sein.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Den Eigentümern der Kurve wurde das Projekt vorgestellt und diese waren offen für diese Lösung. Nächste Woche findet ein nächstes Gespräch statt, dieses ist vom Einwohnerratsentscheid abhängig. Wir gehen von einer einvernehmlichen Einigung aus. Die Begleitung des Projektes durch das Quartier wurde angesprochen. Wir werden sicher informieren, sobald die verkehrsspezifischen Themen im Detail geklärt sind. Die Art der Kommunikation, mit Infoanlass oder schriftlich, ist noch nicht definiert.

Luzia Capanni (SP): Ich verstehe die Botschaft so, dass nicht nur kommuniziert, sondern das Quartier miteinbezogen wird. Wir wünschen den Einbezug des Quartiers.

Thomas Wernli (SP): Als Mitglied der Quartierentwicklungsgruppe ist mir der Einbezug des Quartiers wichtig. Wir haben uns intensiv mit der Thematik befasst, das Gespräch mit dem Quartier gesucht und die Gemeinde informiert. Die Gruppe ist wahrscheinlich die einzige noch bestehende Konstante bei diesem Projekt, deshalb wollen wir mitarbeiten. In der Botschaft wird lediglich erwähnt, dass die Voten der Entwicklungsgruppe behandelt werden. Dies stört mich und ist nicht aussagekräftig. Wir wollen einbezogen werden um sicherzustellen, dass unsere Inputs geprüft werden und das Quartier eingebunden werden kann.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Der Gemeinderat will für alle im Quartier lebenden Menschen eine gute Lösung finden. Ich habe das Dossier von meinem Vorgänger übernommen, die Quartierentwicklungsgruppe war von Anfang an einbezogen. Diverse Anregungen wurden im vorliegenden Projekt berücksichtigt. Es war nicht möglich, alle Ideen unter einen Hut zu bringen. Bei Fragen der Verkehrssicherheit ist dies schwierig, da die Meinungen erfahrungsgemäss weit auseinander gehen. Die unterschiedlichen Meinungen und eine mehrheitsfähige Lösung gilt es gut abzuwägen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 500'000 für die Erneuerung der „Dorfstrasse“ zulasten der Investitionsrechnung der Einwohnergemeinde.

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 84'000 für Erneuerungen Wasserleitungen „Dorfstrasse“ zulasten der Investitionsrechnung der Spezialfinanzierung Wasserversorgung.

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 59'000 Instandsetzungen Abwasseranlagen „Dorfstrasse“ zulasten der Investitionsrechnung der Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung.

7 2018.19

Revision Abwasserreglement und Abfallreglement: Genehmigung

(Botschaft vom 7. Mai 2018)

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Bei der Revision des Reglementes über die Erschliessungsfinanzierung (RFE) haben wir informiert, dass im Nachgang das Abwasser-, Abfall-, EW- und Wasserreglement revidiert werden. Die verschiedenen Reglemente müssen korrekt aufeinander abgestimmt werden. Heute liegen die revidierten Reglemente für Abwasser und Abfall vor. Beide Reglemente basieren auf den kantonalen Musterreglementen, die wir grösstenteils übernommen haben. Wo möglich haben wir Paragraphen weggelassen, die in Windisch nicht benötigt werden. Die Reglemente sollen schlank und gut leserlich sein. Dies war nicht überall möglich. Insbesondere das Abwasserreglement enthält Bestimmungen, wo wir heute noch nicht wissen, ob wir sie

jemals anwenden müssen. Mit der Inkraftsetzung der beiden Reglemente haben wir wieder saubere Regelungen und die technischen Reglemente sind aufeinander abgestimmt. Der Gemeinderat beantragt die Genehmigung der beiden Reglemente.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung Abwasserreglement

Algimantas Gegeckas (CVP): Wir sind mit den Reglementen einverstanden, bis auf einen Punkt. Gemäss Punkt 8.2 tritt das Reglement mit dem Beschluss des Einwohnerrates in Kraft. Dies ist nicht korrekt, es tritt nach Rechtskraft des Einwohnerratsbeschlusses in Kraft. Ist der Gemeinderat zu dieser Änderung bereit, muss kein Antrag eingereicht werden.

Philipp Umbricht (FDP): Algimantas Gegeckas war schneller. Ich beantrage, den zweiten Satz in Punkt 8.1 zu streichen. Dieser lautet „Der Gemeinderat kann dieses Reglement laufend den veränderten Verhältnissen anpassen“. Was bedeutet dies? Der Gemeinderat kann das Reglement nach seinem Gutdünken ändern. Dies hat aus meiner Sicht drei Auswirkungen. Bleibt dieser Satz im Reglement, gibt der Einwohnerrat seine Kompetenz definitiv an den Gemeinderat ab. Der Einwohnerrat wird dieses Reglement nie mehr sehen. Im Reglement ist jedoch der Beschluss des Einwohnerrates vom 20. Juni 2018 festgehalten. Optisch erweckt dies den Eindruck, das Reglement stamme vom Einwohnerrat. Bis auf den in Frage stehenden Satz stammt es jedoch vom Gemeinderat. Der Einwohnerrat trägt für etwas die Verantwortung, dass er nicht entschieden hat. Als Letztes sehe ich keine Notwendigkeit für diese Kompetenzverschiebung. Natürlich erlaubt diese dem Gemeinderat schneller auf geänderte Verhältnisse zu reagieren, nur ist das notwendig? Ändert das übergeordnete Recht gilt es, unabhängig davon, was in unserem Reglement steht. Ich glaube nicht, dass in unserem autonomen Bereich Änderungen innert drei bis vier Monaten umgesetzt werden müssen. Deshalb der Antrag: „Es sei Satz 2 von Ziff. 8.1 des Abwasserreglementes ersatzlos zu streichen“

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Die Anmerkung von Algimantas Gegeckas ist richtig, das Reglement tritt mit der Rechtskraft des Einwohnerratsbeschlusses in Kraft. Der Gemeinderat wird die Formulierung anpassen.

Bei der Kompetenzverschiebung an den Gemeinderat kann man unterschiedlicher Meinung sein.

Offene Abstimmung

Zusatzantrag Philipp Umbricht (FDP)

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Satz 2 von Ziff. 8.1 des Abwasserreglementes wird ersatzlos gestrichen.

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (FDP): Wir haben zwei Änderungen. Das Reglement tritt erst nach Rechtskraft des Einwohnerratsbeschlusses in Kraft und die Kompetenz bleibt beim Einwohnerrat.

Abstimmung Abwasserreglement

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt das Abwasserreglement und setzt dieses per Rechtskraft des Einwohnerratsbeschlusses in Kraft.

Detailberatung Abfallreglement

Esther Duran-Gloor (CVP): Uns stört im dritten Abschnitt von Punkt 2.3 ein Wort: „Bei Gebäuden oder bei zusammengehörenden Gebäudegruppen mit mehr als sechs Wohnungen müssen offiziell zugelassene Container verwendet werden.“ Das Wort „müssen“ ist durch das Wort „können“ zu ersetzen. Wir stellen folgenden Antrag: „Bei Gebäuden oder bei zusammengehörenden Gebäudegruppen mit mehr als sechs Wohnungen kann der Gemeinderat offiziell zugelassene Container verlangen.“ Der Aufwand, einen Container mit nur sieben Säcken im Kehrrechtswagen zu entsorgen ist zu gross.

Goran Marinkovic (SP): Der Abfall wird nach Volumen und nicht nach Gewicht abgerechnet. Was sind die Gründe, dass auf den orangen Kehrrehtsäcken beharrt wird?

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Das aktuelle Reglement verlangt bereits, dass bei Gebäuden mit mehr als sechs Wohnungen ein Container vorhanden sein muss. Es geht nicht um das effizientere Einsammeln, sondern um das Littering. Die Abfallsäcke werden irgendwo draussen deponiert, mit einem Container kann dies gesteuert werden. Diese Lösung ist sauberer, da die Säcke bis zum Abholen eingeschlossen aufbewahrt werden. Es gibt Mehrfamilienhäuser, wo die beantragte Lösung gut funktionieren würde, aber es wird Häuser geben, wo es nicht funktionieren wird. Der Gemeinderat bittet deshalb das „Müssen“ zu belassen.

Meines Wissens werden in allen Gemeinden die Abfallsäcke nach Volumen und nicht nach Gewicht bemessen. Technisch ist es möglich, den Kehrriemwagen mit einer Waage auszurüsten, um das Gewicht zu bestimmen. Dies wäre jedoch mit einem sehr grossen Arbeitsaufwand verbunden. Aktuell ist es im ganzen Kanton Standard, dass die Abfallverursacher den Preis nach Volumen entrichten.

Martin Gautschi (FDP): Jeder Container kann mit einem Chip ausgestattet werden, damit das Gewicht ermittelt und auf das Kilo genau abgerechnet werden kann. Eine solche Lösung würde ich beim Gebührentarif befürworten, dieser sieht nur die volumenabhängige Abrechnung vor. Der Tarif wäre mit dem bekannten Preis pro Tonne zu ergänzen. In Windisch besteht eine sehr offene Handhabung, wer einen Container mit Chip wünscht, erhält ihn. Windisch ist diesbezüglich sehr fortschrittlich.

Offene Abstimmung

Zusatzantrag Esther Duran-Gloor (CVP)

Der Einwohnerrat fasst mit 10 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Zusatzantrag „Abfallreglement, Punkt 2.3 (Abs. 3, Bereitstellung)“ wird abgelehnt.

Abstimmung Abfallreglement

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt das Abfallreglement und setzt dieses per Rechtskraft des Einwohnerratsbeschlusses in Kraft.

8 2018.16

Überarbeitung Feuerwehrvertrag, Einsatzkostentarife; Genehmigung

(Botschaft vom 14. Mai 2018)

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Kostensteigerungen und Neubeschaffungen von Fahrzeugen haben immer wieder Fragen und Diskussionen ausgelöst. Die grossen Magazine in Habsburg und Windisch wurden aufgelöst und ein neues Ein- und Ausrückkonzept ab Zentralmagazin Hausen in Kraft gesetzt. Neu werden Mietkosten verrechnet, was eine Anpassung des Vertrages erforderte. Die höheren Risiken, entstanden durch die Umwandlung in eine Schadenwehr und das Gemeindewachstum, aber auch die Verkehrssituation mit fünf Kreiseln erforderten eine Anpassung des Fahrzeugparks und die Bildung von Spezialistenteams. Als letzter Kostentreiber ist die Neueinstufung der AGV in die nächst höhere Kategorie C, verursacht durch das Bevölkerungswachstum, zu nennen. Ein Meilenstein ist die Malus-Befreiung durch das AGV. Gemeinsam mit Brugg konnten wir aufzeigen, dass das Optimierungspotential erfüllt ist und keine Fusionspflicht mit anderen Feuerwehren mehr besteht. In Zukunft richtet das AGV bei Anschaffungen die vollen Subventionen aus. Der durchgeführte Benchmark mit vergleichbaren Feuerwehren zeigt, dass Handlungsbedarf bei den Entschädigungen und Besoldungen und bei den Einsatzkostentarifen besteht. Diese Mehrausgaben werden durch Mehreinnahmen aufgefangen. Am letzten Freitag hat die Gemeindeversammlung in Hausen den Feuerwehrvertrag und den Einsatzkostentarif genehmigt. Ebenso wurde der Verpflichtungskredit für den Erweiterungsbau des Feuerwehrmagazins angenommen. Stimmt der Einwohnerrat dem Vertrag und den Tarifen zu, können wir mit dem Konzept 19 starten. Somit sind für die nächsten Jahre für neue Herausforderungen bestens gerüstet.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Fabian Schütz (SVP): Die SVP-Fraktion stellt einen Änderungsantrag. Antrag 1 „genehmigt den überarbeiteten Vertrag über die gemeinsame Feuerwehr Windisch-Habsburg-Hausen“ ist zu ersetzen durch: „genehmigt den überarbeiteten Vertrag über die gemeinsame Feuerwehr Windisch-Habsburg-Hausen unter der Voraussetzung, dass die Feuerwehrkommission um fünf bis sieben politische Mitglieder erweitert wird. Die zusätzlichen Kommissionsitze werden entsprechend der finanziellen Beteiligung der Gemeinden Windisch, Habsburg und Hausen zugewiesen.“

Die sich abzeichnende Kostenentwicklung ist bedenklich. Die Einsitznahme von politischen Mitgliedern in die Feuerwehrkommission soll dem entgegenwirken. Art. 5 Abs. 2 des Feuerweggesetzes gibt dem Gemeinderat die Möglichkeit, neben den Vertretern der Feuerwehr, bis zu sieben von der Feuerwehr unabhängige Vertreter in die Kommission zu wählen. In Berücksichtigung der Kostenentwicklung, aber auch im Interesse einer politisch-strategischen Ausrichtung der Feuerwehr, soll der Gemeinderat diese Möglichkeit in Zukunft ausschöpfen. Der Feuerwehrvertrag muss deshalb angepasst werden.

Der Einwohnerrat kennt die Kostenentwicklung erst bei Vorlage des Budgets. Bei Beschaffungen sind in Zukunft, nebst fachlichen Aspekten, auch die politischen und finanziellen Hintergründe zu berücksichtigen. Windisch als Hauptkostenträger muss aufgrund des Kostenanteils entsprechend in der Feuerwehrkommission vertreten sein. Die SVP-Fraktion bittet den Einwohnerrat, diesem Zusatzantrag zu Gunsten der Diversität der Feuerwehrkommission zuzustimmen.

Goran Marinkovic (SP): Nach dem Lesen des Vertrages erachten wir als positiv: Das schlüssige Konzept der Feuerwehr, die erfreuliche Situation bei der Rekrutierung, der Wegfall des Malus beim AGV, die Kostenaufteilung basierend auf die Einwohnerzahl gilt auch in Zukunft und ist bei heiklen Geldfragen nachvollziehbar, die Einsatztarife sind vernünftig. Bei einigen Punkten vertreten wir eine andere Meinung. Das Feuermehrmaterial ist sehr umfangreich. Die Führung unserer Feuerwehr erfolgt im Milizsystem, sie trägt eine riesige Verantwortung. Aus meiner Sicht würde ich die Bewilligung einer Stelle, mindestens ein Teilzeitpensum für einen Materialwart, gutheissen.

Zum § 1 Kostentragung der Einsatzkostentarife, lit. c: „Eigentümer der Brandmelde- oder Löschanlage bei wiederholtem Fehlalarm« gibt es einen Kommentar der AGV: „Der AGV empfiehlt den Begriff „wiederholt“ in den entsprechenden Kostentarifen der Gemeinden klar zu regeln.“ Wiederholt ist kein klares Wort.

Das Vertragswerk ist mittelfristig solid, klar und verständlich und formuliert. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Karin Hefti (FDP): Unsere Feuerwehr löst sämtliche Aufgaben im Milizsystem und ist die einzige Feuerwehr der Kategorie 4C, welche ohne Angestellte auskommt. Dank einer grösseren Rekrutierungsaktion war es möglich, das Personal um 30 Personen auf den Sollbestand aufzustocken. Ich freue mich, dass immer mehr Frauen Feuerwehrdienst leisten. Die Feuerwehr ist für die nächste Zeit gut gerüstet. Langfristig steht die Fusion mit der Feuerwehr Brugg an. Der Gemeinderat empfiehlt, mit Nachbargemeinden Gespräche über eine Erweiterung des Einsatzgebietes zu führen. Die FDP unterstützt den bearbeiteten Vertrag der gemeinsamen Feuerwehr Windisch-Habsburg-Hausen sowie den neuen Einsatztarif.

Anton Burger (CVP): Die CVP-Fraktion begrüsst den neuen Vertrag. Die Gründe für die Kostenentwicklung haben wir zur Kenntnis genommen. Wir sind mit den vorgesehenen Anpassungen einverstanden. Wir begrüssen die Empfehlungen des Gemeinderates, eine Erweiterung des Einsatzgebietes zu prüfen. Möglicherweise hat der Gemeinderat Mülligen im Auge, welches einen neuen Partner sucht.

Die Kosten für einen Einsatz bei einem Fehlalarm wurden massiv von Fr. 200.00 auf Fr. 1'800.00 erhöht. Ist dies ein Vergleichswert mit anderen Feuerwehren?

Philipp Umbricht (FDP): Ich nehme zum Antrag der SVP Stellung. Bei der Beratung eines Gemeindevertrages hat der Einwohnerrat drei Möglichkeiten: Wir können ihn annehmen, ablehnen oder zurückweisen. Es ist bei einem Gemeindevertrag nicht möglich, einzelne Bestimmungen zu ändern. Die Vorlage kann nur abgelehnt oder zurückgewiesen werden.

Wir möchten noch einen anderen Aspekt aufzeigen. Die Kosten pro Einwohner belaufen sich auf Fr. 50.00. Damit sind wir vollständig gegen Feuer, Wasser und einem allfälligen Einsatz bei einem Autounfall, versichert. Welche andere Versicherung ist so günstig?

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Gemäss Benchmark sind CHF 1'800 üblich. Zum Antrag der SVP: In der Aktenaufgabe war ersichtlich, wie sich die Feuerwehrkommission gemäss AGV zusammensetzen muss. Dieser müssen die Ressortvorsteher von Windisch, Habsburg und Hausen angehören. Es gibt in keiner Gemeinde eine politisch zusammengesetzte Feuerwehrkommission.

Zusätzlich gibt es die Kommission der Gesamtgemeinderäte. Diese wurde schon mehrmals einberufen, beispielsweise beim Verkauf des Magazins an die Raiffeisenbank oder der Einführung der Mietkosten. Die Gesamtgemeinderäte haben diese Punkte diskutiert und ihr Einverständnis gegeben. Anschliessend wurde der Vertrag mit den Mietkosten ergänzt. Sämtliche fünf Gemeinderäte sind bei diesen Sitzungen anwesend. Gemäss überarbeitetem Vertrag können die Gemeinden auch delegieren. Jede Gemeinde hat fünf Stimmen. Ist eine Gemeinde mit dem Budget nicht einverstanden, dies war letztes Jahr der Fall, muss die Kommission der Gesamtgemeinderäte einberufen und die Differenzen müssen ausdiskutiert werden. Diese Kommission tagt ein oder zweimal pro Jahr oder nach Bedarf.

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP): Ein Gemeindevertrag kann nicht abgeändert werden, er muss abgelehnt oder zurückgewiesen werden.

Philipp Ammon (SVP): Unser Antrag ist formell nicht ganz richtig. Wir ändern unseren Antrag in einen Zusatzantrag ab. Wir zahlen über 60% der Feuerwehrkosten und wir sprechen von gleichberechtigten Partnern. Verschiedene Geschäfte haben in der Vergangenheit, wie die Beschaffung des Kommandofahrzeuges und des TLF, im Einwohnerrat zu Unmut geführt. Das TLF wurde im Rahmen einer Goodwillaktion bewilligt. Ich erinnere an die Voten, niemand war mit dieser Beschaffung zufrieden. Es macht sicher Sinn, wenn Hausen als Standortgemeinde Leitgemeinde ist. Trotzdem muss der Einwohnerrat aktiv ins Geschehen einbezogen werden. Wir bezahlen über 60% der Kosten und müssen am Schluss die Zahlen einfach akzeptieren, wie sie sind. Dies passt nicht allen.

Der Betrag von CHF 50 ist keine grosse Summe, aktuell sind es sogar nur CHF 47. Andere gleich grosse Feuerwehren sind günstiger, dies zeigt die Botschaft auf. Die Grösse der Feuerwehr bzw. die Einwohnerzahlen beeinflussen die Kosten. Hier kann die Politik Einfluss nehmen, mit der Feuerwehr zusammenarbeiten und mithelfen, Fusionspartner zu finden um die Pro-Kopf-Verteilung zu vergrössern. Will der Einwohnerrat die Entwicklung beeinflussen und nicht nur der Feuerwehr überlassen, dann muss er diesen Antrag unterstützen. Bei der gemeindeeigenen Feuerwehr hatten wir noch mehr Einfluss. Dies ist heute nicht mehr möglich. Wir müssen überlegen, wollen wir zahlen und nur informiert werden oder wollen wir aktiv mitdenken.



Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP): Der Zusatzantrag will den Gemeinderat beauftragen, die Feuerwehrkommission um fünf bis sieben politische Mitglieder zu erweitern.

Philipp Ammon (SVP): Richtig, gemessen an der finanziellen Beteiligung.

Ueli Widmer (SP): Wir sind unsicher, ob dieses Vorgehen möglich ist. Traktandiert ist der Gemeindevertrag und nicht die Zusammensetzung der Feuerwehrkommission.

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP): Der Auftrag kann aus meiner Sicht erteilt werden, damit es der Gemeinderat versuchen kann.

Philipp Umbricht (FDP): Ich teile die Auffassung von Ueli Widmer. Die Kommission ist nicht Gegenstand der Sitzung. Dieser Auftrag muss mit einer Motion oder einem Postulat, und nicht mit einem Zusatzantrag, erteilt werden. Die Konsequenz ist, den Vertrag abzulehnen und den Auftrag als Postulat oder Motion einzureichen.

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP): Ein Zusatzantrag ist nicht möglich, es ist eine Motion oder ein Postulat einzureichen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 31 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den überarbeiteten Vertrag über die gemeinsame Feuerwehr Windisch-Habsburg-Hausen.

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt die angepassten Einsatzkostentarife der Feuerwehr Windisch-Habsburg-Hausen.

9 **2018.12**

Motion FDP-Fraktion betreffend «EWW Windisch; Konsequenzen der Referendumsabstimmung»: Überweisung

Philipp Umbricht (FDP): Die Begründung ist aus der Motion ersichtlich.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, diese Motion nicht zu überweisen. Diese fordert, dass das EW und das Wasserwerk in Zukunft keine Arbeiten für Dritte mehr ausführen dürfen. Der Durchschnitt der letzten fünf Jahre zeigt, dass diese Arbeiten einem Pensum von 30% bis 40% entsprechen. Pro Jahr werden im EW und Wasserwerk zwischen 600 bis 700 Stunden für derartige Arbeiten eingesetzt. Dies können Provisorien für Baustellen, Zirkus, Markt, Oper etc. oder Änderungen oder Erneuerungen bei Hausanschlüssen sein. Der Grossteil betrifft diese Arbeiten, weitere verschiedene Arbeiten gehören ebenfalls in diesen Bereich. Zum Beispiel Sponsoring Eisfeld, Unterhaltsarbeiten an privaten Elektroanlagen – namentlich Trafostation, Trinkwasserentnahmen, Arbeiten für die REWA oder Ingenieure für Grossprojekte. Diese Arbeiten fallen unter den Begriff „Arbeiten für Dritte“. Grundsätzlich können diese Arbeiten auch private Firmen ausführen. Vor allem im Bereich der Hausanschlüsse oder beim Stellen von Provisorien ist ein spezielles Fachwissen erforderlich. Nur wenige Firmen können diese Arbeiten ausführen, namentlich die IBB und die Regionalwerke Baden. Es ist deshalb nicht sinnvoll, dem EW und Wasserwerk die Ausführung dieser Arbeiten zu verbieten. Nebst den Auswirkungen auf den Stellenplan würde beim EW Knowhow ohne Mehrwert verloren gehen. Ich bitte den Einwohnerrat diese Motion abzulehnen.

Fredy Bolt (SP): Die SP schliesst sich vollumfänglich der Stellungnahme des Gemeinderates an. Ich habe Verständnis, dass diese Motion aus einem gewissen Frust nach der Abstimmung über die Aktiengesellschaft-Projektierung entstanden ist. Die Stossrichtung der Motion würde das EW und das Wasserwerk ineffizienter machen und Arbeiten an den Schnittstellen zwischen Netz und Privaten verteuern. Wir wollten keine Aktiengesellschaft, um private Firmen nicht zu konkurrenzieren. Wir wollen, dass EW und Wasserwerk im Bereich ihrer Kernkompetenzen, beim Netz und den Anschlüssen, ihr Monopol halten. Unser EW funktioniert gut und es gibt keinen akuten Anlass, dem EW einen Teilbereich wegzunehmen. Wir verschliessen uns nicht vor Veränderungen beim EW, dies zeigt die nächste zur Diskussion stehende Motion. Wir bitten den Einwohnerrat diese Motion nicht zu überweisen.

Philipp Umbricht (FDP): Es tönt komisch, aber ich stimme den Ausführungen von Matthias Treier und Fredy Bolt zu. Die heutige Situation ist sinnvoll. Das Problem ist, das EW bewegt sich in einem illegalen Bereich. Ich bin mir nicht sicher, ob die bestehenden Risiken auch abgedeckt sind. Die Gemeinde wird eine Haftpflichtversicherung haben. Ich weiss allerdings nicht, ob diese Fehlleistungen im privatrechtlichen Bereich deckt. Eine Rechtsformänderung wurde beim EW abgelehnt. Wir tragen das enge Korsett eines öffentlich-rechtlichen Eigenwirtschaftsbetriebes. Diese Form ist nicht zeitgemäss. Diese Form wird explizit gewünscht und wir müssen uns an die Spielregeln halten. Es ist nicht möglich, das „Weggli und den Fünfer“ zu haben.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 12 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Motion der FDP-Fraktion betreffend „EWW Windisch; Konsequenzen der Referendumsabstimmung“ wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

10 2018.17

Motion Mirjam Aebischer (SP) und Mitunterzeichner betreffend «Zukunft gestaltetes EW Windisch»; Überweisung

Mirjam Aebischer (SP): Heidi Ammon hat an der letzten Sitzung informiert, dass sich der Gemeinderat mit dem Abstimmungsergebnis der Rechtsformänderung auseinandersetzen wird. Unser Anliegen ist, dem EW Sorge zu tragen, die Wahrnehmungen sind jedoch sehr unterschiedlich. Das Projekt „Rechtsformänderung“ wurde im stillen Kämmerchen erarbeitet, informiert wurde erst bei Vorlage des konkreten Projektes. Das Ergebnis ist bekannt: Bereits zum zweiten Mal hat das Stimmvolk den Beschluss des Einwohnerrates nicht gestützt. Zukünftige Überlegungen zum EW müssen auf einer breiteren Basis erfolgen. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass der Entscheid von allen mitgetragen wird. Über künftige Entwicklungen beim EW nachzudenken ist sicher richtig. Grundsätzlich hat sich die Betriebsform bewährt, Turbulenzen haben wir überstanden. Eine Bestandesaufnahme, die Prüfung von Abläufen, Konzept- und Innovationsmöglichkeiten erachten wir als wichtig, so wie dies in anderen Abteilungen gemacht

wird. Diese Motion bezweckt, dass der Prozess demokratisch erfolgt. Er muss transparent sein und im Sinne der Partizipation alle Beteiligten miteinbeziehen. Wir laden den Gemeinderat ein, die Schritte einzuleiten, den Einwohnerrat bitten wir die Motion zu überweisen.

Matthias Treier (FDP): Gegen den Vorwurf, die Rechtsformänderung sei im stillen Kämmerlein entstanden, wehre ich mich vehement. Sobald das Projekt reif war, hat der Gemeinderat offen und in mehreren Veranstaltungen informiert. Aus dem Budget waren die eingestellten Mittel für dieses Projekt ersichtlich. Es war jederzeit möglich zu fragen, wie diese Mittel für Dritte eingesetzt werden. Die Behauptung, alles sei im stillen Kämmerlein entstanden, akzeptiere ich nicht.

Der Gemeinderat lehnt auch diese Motion ab. Es ist nicht möglich, den Status Quo beim EW zu analysieren. Diese Arbeiten haben wir gemacht und das Resultat liegt vor. Ein offener, partizipativer Prozess ist gut. Beim EW sind die übergeordneten einzuhaltenden Gesetze sehr eng gefasst. Es ist auch mit einem guten partizipativen Prozess nicht möglich, diese Gesetze ausser Kraft zu setzen. Das EW ist in einem Korsett. Die Idee kann noch so schön und gut sein, sagt das übergeordnete Gesetz etwas anderes, kann diese nicht umgesetzt werden.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fast mit 17 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Motion von Mirjam Aebischer (SP) und Mitunterzeichner betreffend „Zukunft gestaltetes EW Windisch» wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

11 Beantwortung von gestellten Fragen

Kleine Anfrage Mirjam Aebischer (SP) zur Unfallhäufigkeit auf der Hauserstrasse

Rosi Magon, Vizepräsidentin (SP): Jeder Unfall ist einer zu viel. Der Gemeinderat ist sehr betroffen und besorgt über die Anzahl Unfälle von Fussgängern und Fussgängerinnen in unserem Dorf. Er hat sich zu diesem Thema in seiner letzten Sitzung ausge-

tauscht. Seit der Neugestaltung der Hauser- und Zürcherstrasse hat das Verkehrsaufkommen stetig zugenommen. Die letzten Messungen des Kantons stammen von 2011, damals wurden 18'000 Fahrzeuge am Tag gezählt. Heute sind es wohl knapp 20'000 Fahrzeuge. Das Tempo ist kein Thema. Gemäss Messungen der Polizei in den letzten Jahren liegen die Geschwindigkeitsübertretungen bei lediglich 5%. Die Situation auf unseren Quartierstrassen sieht anders aus.

Die Gestaltung der beiden Hauptverkehrsachsen ist vor rund zehn Jahren gemeinsam mit dem Kanton erarbeitet worden. Auf die siedlungsverträgliche Gestaltung wurde Wert gelegt. Der Grünstreifen in der Mitte trennt die Spuren mit einer gleichzeitigen optischen Verengung des Strassenraums, was geschwindigkeitsreduzierend wirkt. Wer zu Fuss unterwegs ist, kann etappenweise die Fahrbahn überqueren. Trotz dieser siedlungsverträglichen Gestaltung haben sich seit Anfang Jahr auf der Hauserstrasse an verschiedenen Stellen vier Unfälle ereignet. Ein direkter Zusammenhang mit den Lärmschutzwänden besteht nicht. Ich erinnere daran, dass sich der Gemeinderat vor dem Bau der Wände beim Kanton für andere Massnahmen eingesetzt hat. In Zusammenhang mit der anstehenden BNO-Revision wird explizit von der Aufwertung der belasteten Strassenräume gesprochen. Die Trennwirkung der Lärmschutzwände ist offensichtlich. Immerhin konnten wir beim Kanton erreichen, dass die Wände ein Stück zurückversetzt und damit die Sicherheit erhöht wurde. Daran haben nicht alle Hauseigentümer Freude. Die hohe Wand macht die Einmündung bei der Schulstrasse sehr unübersichtlich. Die Verkehrskommission prüft zurzeit eine bauliche Lösung.

Aufgrund der Unfälle werden wir die Überquerungen der Strassen prüfen. Als erste Sofortmassnahme werden nach den Sommerferien mehr BFU-Plakate, die auf den Schulanfang hinweisen, bei den Zebrastreifen aufgestellt.

Fazit: Auch laut Mediensprecher der Kantonspolizei wirkt sich das hohe Verkehrsaufkommen auf die Wahrscheinlichkeit von Unfällen aus. Wir sind alle gefordert, aufmerksam zu sein und vor dem Überqueren der Strasse Augenkontakt zum Fahrzeuglenker zu suchen. Gefordert ist auch das Departement Bau, Verkehr und Umwelt. Es ist höchste Zeit, das Verkehrsmanagement Brugg Regio umzusetzen. Dieses hat zum Ziel, das Verkehrsaufkommen innerhalb der Siedlung zu reduzieren und damit die Verkehrssicherheit innerhalb von Windisch zu erhöhen. In diesem Sinne haben wir uns in letzter Zeit immer wieder verlauten lassen.

12 Mitteilungen des Gemeinderates

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP):

Motion FDP

Ich weiss nicht, ob sich die FDP bewusst ist, was sie mit ihrer Motion hätte auslösen können. Auch Dienstleistungen des Bauamtes wären nicht mehr möglich gewesen. Rasenmähen durch das Bauamt erfolgt in Konkurrenz zur Privatwirtschaft. Ich bin froh, ist die Motion nicht überwiesen worden, ansonsten hätte der Gemeinderat eine grössere Herausforderung lösen müssen.

Stand KESD

Im Oktober 2017 hat der Gemeinderat den Austritt aus dem KESD beantragt. Nach eingehender Diskussion hat der Einwohnerrat den Austritt abgelehnt. Was ist in der Zwischenzeit geschehen? Im Juni 2017 ist Christian Bolt als Vertreter von Windisch in den Vorstand des Gemeindeverbandes Soziale Dienstleistungen Region Brugg gewählt worden. Mit Christian Bolt und unseren betroffenen Verwaltungsbereichen pflegen wir in der Zwischenzeit einen regelmässigen Informationsaustausch. Obwohl er nicht anwesend ist, danke ich Christian Bolt für seinen enormen Einsatz herzlich. Er hat sehr viel Zeit investiert, um einen guten Prozess einzuleiten. In diesem Frühling wurde in einem dieser Gespräche mit der Verbandsführung ein Agreement vereinbart. Dieses lautet: Der Exekutive der Gemeinde Windisch, dem Sozialdienst, aber auch dem Verband der Sozialen Dienstleistungen Region Brugg und der Geschäftsführung ist klar, dass die Gemeinde Windisch ein Teil des Gemeindeverbandes ist und bleiben wird. Windisch und der Verband anerkennen, dass Handlungsbedarf auf sämtlichen Stufen der Zusammenarbeit, der Kommunikation und der Dienstleistungserbringung besteht. Dazu haben die strategischen Elemente einen gemeinsamen Prozess initiiert. In einem ersten Schritt haben wir die Vertretung im Vorstand und des Gemeinderates für dieses Jahr entschieden und die nächsten Schritte definiert.“ Vor gut einem Jahr habe ich die Funktion als Koordinationsträgerin übernommen, heute übergebe ich diese an Bruno Graf. Ich glaube, wir haben einen Weg gefunden, wo wir uns austauschen und gemeinsam auf eine gute Zukunft hinarbeiten können.

Schlagzeile „Brugg will Tunnel unter der Aare“

„Brugg will Tunnel unter der Aare“, ein provokativer Titel. Ich verstehe, dass Mitglieder des Einwohnerrates teilweise über diesen Titel erstaunt waren. Ich hoffe, der dazugehörige Text wurde genau gelesen. Barbara Horlacher nimmt zum gemeinsamen Prozess der Routenauswahl Stellung.

Seit 2014 stehen wir in einem Prozess. Uns wurden unzählige Routen vorgelegt, die wir immer in einem partizipativen Prozess miteinander diskutiert haben. Wir durften vom Kanton schon sehr tiefgehende Abklärungen entgegennehmen, die uns im Prozess weitergeführt haben. Von anfänglich ca. acht Varianten sind noch zwei Varianten verblieben. Das Gremium war sich einig, dass zuerst ein Entscheid „Hoch oder Tief“ gefällt werden muss. Vor allem die Stadt Brugg war mit ihrer Stadtentwicklung stark gefordert. Aus dieser Perspektive betrachtet, hat man im letzten Workshop am 30. Mai nochmals unterstrichen, dass man akzeptiert, dass der Stadtrat, die von ihm bevorzugte Variante favorisiert. Der Stadtrat hat nun dem Regierungsrat nahegelegt, die Variante „Tunnel“ weiterzuverfolgen. Es ist mir wichtig, dass dies richtig verstanden wird. Barbara Horlacher ist seit 1. Januar 2018 im laufenden Prozess involviert. Die Zusammenarbeit in diesem Prozess ist sehr gut. Es ist mir sehr wichtig, diesen für das Zentrum und die Region wichtigen Prozess gut weiterführen zu können. Eine Kommunikationsspanne, so könnte man es nennen. Für diejenigen die es nicht wissen, die Titel werden nicht von der Redaktion, sondern in Aarau gesetzt. Barbara Horlacher hat sich für diesen Titel persönlich bei mir entschuldigt und sie hofft, dass für ihre Ausführungen Verständnis da ist. Der Regierungsrat hat ein Kommunikationsteam bestimmt. Dieses wird ein Informationskonzept erarbeiten. Wir werden es in der nächsten Sitzung der Behördendelegation erhalten. In Brugg war eine Kommission in die Routenwahl involviert. Als nächstes ist Windisch enorm gefordert, um den nächsten Prozess, das Einfahrtsportal von Hausen und die Überführung der SBB gut zu lösen. Die Projektleitung hat uns eine Zusammenarbeit mit unserer Kommission zugesichert. Die Kommission ist berechtigt, der Projektleitung Fragen zu stellen. Die Projektleitung informiert die Gemeinde jeweils über den aktuellen Stand, damit die Kommission involviert werden kann.

Beim OASE-Projekt ist nun geklärt, ob hoch oder tief gebaut werden soll. Es ist möglich, dass nach der Auslegeordnung des Anschlussteils allenfalls auch der erste Teilschritt nochmals diskutiert werden muss. Es gibt noch viel Arbeit zu leisten.

Persönlich finde ich es toll, dass sich Brugg klar geäußert hat. Baden ist in diesem Prozess noch nicht soweit und beneidet uns etwas, weil wir den nächsten Schritt mit der Gemeindekommission erarbeiten können. Dies ist in Baden noch nicht der Fall. Weiterhin darf nicht informiert werden, was in diesem Prozess abläuft. Danke für das Verständnis. Wir informieren immer dann, wenn es möglich ist, was nicht bei jedem Teilschritt der Fall sein wird. Es ist das erste Mal in diesem Prozess, dass der Kanton mit der Gemeinde zusammenarbeitet. Dieser muss Erfahrungen sammeln, gegenseitige Feedbacks sind deshalb wichtig.

Ich hoffe, dass wir in diesem Prozess, eine riesige Herausforderung für die ganze Region, durch eine gute Zusammenarbeit, vor allem mit Hausen, aber auch mit Gebenstorf und Birr, einen guten gemeinsamen Weg finden.

Information BNO-Revision

Rosi Magon, Vizepräsidentin (SP): Die BNO-Revision ist innerhalb des Zeitplans. Der Einwohnerrat wird die BNO im Oktober beraten. Es ist ein sehr umfangreiches Geschäft und die Information erfolgt in zwei Teilen. Ein erster Infoanlass findet am 3. September statt, wo wir über die wichtigsten Punkte und das Verfahren informieren. Die Idee ist, dass im Hinblick auf den Informationsanlass vom 24. September 2018 Fragen zur Revision gestellt werden können. Diese werden im Rahmen des Infoanlasses beantwortet.

Treffpunkt Integration

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Anfangs Jahr wurden die Aufgaben der Integration dem Sozialdienst übertragen. Erfreulicherweise ist seither viel passiert. Es gibt eine Arbeitsgruppe Integration, Nina Forte ist für diese verantwortlich. Seit 1. August gibt es erste Angebote. Es gibt Deutschkurse. Sehr erfreulich ist, dass wir eine Frau gefunden haben, die den Eltern-Kind-Treff weiterführt. Am Integrationskonzept wird intensiv gearbeitet und ich denke, dass wir Ende Jahr voll auf Kurs sein werden.

13 Neueingänge



Gemeinde Windisch
Protokoll des Einwohnerrates
Sitzung vom 20. Juni 2018

Seite:
77

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr